

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

178. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 2. Juni 2005

Tagesordnungspunkt 5:

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung: **Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo zur Gewährleistung eines sicheren Umfeldes für die Flüchtlingsrückkehr und zur militärischen Absicherung der Friedensregelung für das Kosovo auf der Grundlage der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 10. Juni 1999 und des Militärisch-Technischen Abkommens zwischen der Internationalen Sicherheitspräsenz (KFOR) und den Regierungen der Bundesrepublik Jugoslawien und der Republik Serbien (jetzt: Serbien und Montenegro) vom 9. Juni 1999** (Drucksachen 15/5428, 15/5588, 15/5608)

16751 A

Petra Pau (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Mandat der Bundeswehr, das heute erneut verlängert werden soll, reicht zurück in das Jahr 1999. Damals begann der Krieg der NATO gegen Jugoslawien. Für Deutschland wurde er zum Sündenfall. Die PDS im Bundestag hat bereits damals gesagt: Das ist politisch falsch und obendrein völkerrechtswidrig.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Damals war die Debatte aufgeheizt. Verteidigungsminister Scharping handelte mit Geheimplänen, die PDS wurde als fünfte Kolonne Moskaus verdächtigt und Tausende Friedensbewegte demonstrierten gegen den drohenden Krieg – vergebens. Kurzum, wir haben das Bundeswehrmandat 1999 abgelehnt und wir werden heute auch seiner Verlängerung nicht zustimmen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Wie bei allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr vermissen wir auch bei diesem Einsatz drei wesentliche Leitplanken: ein tragfähiges politisches Konzept, eine glaubwürdige Analyse und ein überschaubares Ausstiegsszenario. Stattdessen erleben wir, dass sich die Lage im Kosovo zwar gewendet, nicht aber gebessert hat. Hieß es anfangs „Serben kontra Albaner“, so heißt es längst „Albaner gegen Serben“. Selbst wenn ich opportunistisch wäre und meinen würde, der Erfolg heilige die Mittel, bliebe unter dem Strich das Fazit: Es gibt keinen Erfolg.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Diese Region Europas ist ein Pulverfass, wodurch wiederum die dafür bereitgestellten Mittel zusätzlich in Zweifel gezogen werden. Daher wird die PDS im Bundestag sie auch nicht nachträglich legitimieren.

Seit einigen Tagen gibt es bei Rot-Grün ganz offensichtlich ein paar Abstimmungsprobleme. Aber auch innerhalb der SPD-Ressorts scheint die eine Hand nicht zu wissen, was die andere treibt. Verteidigungsminister Struck, SPD, verlangt eine Verlängerung des KFOR-Mandats. Seine Begründung: Die Lage im Kosovo ist höchst instabil. Innenminister Schily, SPD, und die Landesinnenminister bereiten massenhafte Abschiebungen von Kriegsflüchtlings vor, was allerdings voraussetzt, dass die Lage im Kosovo für die Betroffenen zumutbar ist.

Nach allen Regeln formaler Logik muss eine der zwei SPD-Argumentationen falsch sein, entweder die des Innenministers oder die des Verteidigungsministers.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Wir lehnen beides ab, sowohl die Verlängerung des Krieges als auch die Abschiebung der Opfer. Auch deshalb wird die PDS mit Nein stimmen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])